

2011 gewinnen

Christian Levrat, Nationalrat (FR), Kandidat für das Präsidium der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort!

Genossin, Genosse

Die Welt der Politik dreht sich so schnell, Niederlagen und Siege folgen so rasch aufeinander, dass wir dabei fast unsere Wurzeln vergessen könnten. 2008 bietet eine gute Gelegenheit uns einen Moment darauf zu besinnen. 2008 ist nämlich das 90-Jahr-Jubiläum des Generalstreiks von 1918. Ein Durchbruch in der Schweizer Geschichte; eine Niederlage der Arbeiterbewegung zwar, die aber die Geschichte unseres Landes für immer verändert hat: Die Proporzwahl öffnet der Linken das Tor zum Parlament, die Einführung der 48-Stunden-Woche führt am Ende zu entscheidenden Gesamtarbeitsverträgen, die AHV ist eine Tochter des Streiks, auch wenn es dann noch dreissig Jahre braucht, bis sie vorliegt und umgesetzt wird. Das Frauenstimmrecht war eine weitere zentrale Forderung des Generalstreiks. Es braucht noch einen fünfzigjährigen Kampf, bis es endlich eingeführt wird. Aus dieser Niederlage hat die Generation unserer Väter und Mütter die Kraft zum Weitermachen geschöpft. Trotz feindlicher Presse, trotz Polizeirepression, trotz offenkundigen Missverhältnisses zwischen den Mitteln auf der einen und auf der anderen Seite. Diese Niederlage hat den Keim des Sieges in sich getragen.

An diesen Vorgängern und Vorgängerinnen sollten wir uns heute orientieren, die für soziale Gerechtigkeit, für eine gerechte Demokratie für alle, für mehr Chancengleichheit gekämpft haben. Daraus sollten wir die nötige Energie gewinnen, um gegen die ungerechte Ordnung des Finanzkapitalismus anzugehen, der die so sorgsam aufgebauten Solidaritäten zerstört. Unsere Genossinnen und Genossen zu Beginn des XX. Jahrhunderts haben unter viel schwierigeren Bedingungen als wir gekämpft. Und trotzdem nie aufgegeben. Weil hinter der Niederlage die Hoffnung war. Eine Hoffnung, die auch wir haben sollten, denn wir glauben wie Pierre Mendès France, dass «am Ende, unweigerlich, wie der Fluss ins Meer fliesst trotz Biegungen und Windungen, die Wahrheit, Gleichheit, Grosszügigkeit das letzte Wort hatten und haben werden».

Robert Grimm, Vorbild sozialdemokratischen Engagements

Am 8. März vor fünfzig Jahren ist der Kopf des Generalstreiks, Robert Grimm, gestorben. Der vielleicht, in den Augen der Historiker, international bekannteste Politiker der modernen Schweiz. Für uns viel mehr: die prägendste Figur der Schweizer Sozialdemokratie, ein Monument über alle Epochen hinweg. Zu Beginn des Jahrhunderts Stadtrat in Basel, anschliessend Stadtrat in Bern und ab 1910 Berner Grossrat, ab 1911 im Nationalrat - für den Kanton Zürich. Chefredaktor der *Berner Tagwacht*, dem Flaggschiff der Arbeiterpresse. Präsident des Oltner Komitees, der Generalstreik-Führung. Aus diesem Grund sechs Monate in Haft und aus allen damals bedeutenden Kreisen

ausgeschlossen. Aber von der Arbeiterklasse von Anfang an verehrt, die ihm 1920 wieder zu seinem Sitz im Nationalrat verhilft (diesmal für den Kanton Bern). Ein Mandat, das er bis 1955 ausübt. Das sind vierundvierzig Jahre politischer Kampf unter der Bundeshauskuppel.

Robert Grimm war ein Verfechter einer marxistischen Kritik der kapitalistischen Gesellschaft, ein unermüdlicher Kritiker der Ausbeutung der Arbeiterklasse und überzeugt davon, den sozialen Fortschritt über die Massenbewegung und notfalls den Generalstreik zu erreichen. Den Bolschewismus hat er aber immer abgelehnt. Er war 1920 auch entschieden gegen den Beitritt der Schweizer SP zur Internationalen. Als Fraktionspräsident, Verfasser des Parteiprogramms von 1935, war er eine treibende Kraft bei der Absage an die – wenn auch sehr theoretische – Diktatur des Proletariats. Er bejahte in den turbulenten Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg den Grundsatz der Landesverteidigung. Kein «Konkordanzpolitiker wie die anderen», bleibt er immer einer Sozialdemokratie ohne Kompromisse treu. Eine Sozialdemokratie, die auf der strengen Kritik des Kapitalismus beruht, auf der Notwendigkeit demokratischer Kontrolle der Wirtschaft, und immer auf der sozialen Bewegung. Für diese Bewegung lehnt er die Beteiligung an der Macht nicht ab, wenn es dem sozialen Fortschritt dient. So war er auch Berner Regierungsrat und legte als Direktor der BLS die Grundsteine zu einer modernen Verkehrspolitik.

Robert Grimm steht für die Geschichte unserer Zeit, unserer Werte, unserer Hoffnungen. Für den Willen, die kapitalistische Ordnung auf friedlichem, demokratischem Weg zu ändern. Für die Beharrlichkeit, trotz Niederlagen und Rückschlägen am Ideal festzuhalten. Aber er steht auch für die Fähigkeit, die Kampfmittel der Zeit anzupassen. Für die Betonung des sozialen Fortschritts, für den Mut auch unantastbare Dogmen der Partei in Frage zu stellen, wenn es nicht mehr Mittel zu einer gerechteren Gesellschaft sind, sondern Hindernisse.

Kopf hoch

Genossinnen und Genossen, wir alle hier sind Nachfolgerinnen und Nachfolger von Robert Grimm. Wir sind in Basel zum ausserordentlichen Parteitag versammelt, weil wir bei den Wahlen im Oktober den schlimmsten Rückschlag der Nachkriegszeit erlebt haben. Was ziehen wir aus den dunklen Stunden unserer Bewegung: Kopf hoch, nicht klein begeben! Bereiten wir zusammen die neuen Herausforderungen vor, die auf uns warten!

Das können wir aber nur, wenn wir über die Gründe des Rückschlags nachdenken. Natürlich haben wir Fehler bei der Kampagne gemacht. Wir konnten unsere Themen nicht durchsetzen und haben akzeptiert, dass die Wahlen sich auf Bundesräte zuspitzten.

Natürlich beschäftigen wirtschaftliche und soziale Fragen die Bevölkerung in Zeiten der Hochkonjunktur weniger. Natürlich gelten die Grünen bei Klima- und Umweltfragen – zu Unrecht – als kompetenter als die SP.

Natürlich verfügten unsere Gegner über zwanzig Mal mehr finanzielle Mittel als wir. Im Übrigen ist inakzeptabel, dass es keine demokratische Kontrolle zur Herkunft und zur Höhe dieser Gelder gibt. Demokratie ist nicht käuflich. Deshalb wird die SP diese Manipulation der öffentlichen Meinung energisch bekämpfen.

Ausserordentlicher Parteitag 1. März 2008, Messe Basel

Aber vielleicht gibt es tiefere Gründe, ernstere; vielleicht verlangt die Situation einen persönlicheren Einsatz von uns allen.

Genossinnen und Genossen, lasst mich ein paar Fragen stellen. Haben wir in den letzten Jahren nicht die institutionelle Parteiarbeit in den Vordergrund gestellt? Haben wir nicht fast vergessen, dass eine linke Partei nur als soziale Bewegung überleben kann? Und dass eine soziale Bewegung ein Ort der Debatte, der Konfrontation, des Austauschs sein muss? Genossinnen und Genossen, wenn wir unsere Abende und Wochenenden für die Partei opfern, dann weil wir überzeugt sind, dass wir dieses Land ändern können, dass wir es gerechter, solidarischer, menschlicher machen können. Wir müssen Botschafterinnen und Botschafter dieser Überzeugung sein, sie zeigen. Wann haben wir das letzte Mal mit einem Nachbarn, einer Bürokollegin über einen SP-Beitritt gesprochen?

Den Werten treu bleiben

Jeder, jede von uns, wir alle einzeln und als Kollektiv, müssen die Robert Grimms unserer Zeit sein. Unermüdlich dranbleiben wie er das getan hat, wie eine der letzten protokollierten Wortmeldungen zeigt. Es ist Mitte der 50-er-Jahre, Robert Grimm ist 75 und ergreift an einer Versammlung der Berner SP das Wort. Um zu Vernunft und Zurückhaltung aufzurufen? Seine Nachfolger vor übertriebenem Enthusiasmus zu warnen? Ganz und gar nicht: Robert Grimm ergreift an diesem Abend das Wort, um SP-Anträge zur Bildung zu kritisieren, die in seinen Augen nicht «sozialdemokratisch genug» sind. Das ist Engagement! Der Idee treu bleiben! Wir sind die Erben dieser Vorgänger, von ihren Überzeugungen und Hoffnungen. Wir müssen den Rückgang der SP aufhalten. Für sie, für uns, für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen wir die Wahlen 2011 gewinnen.

Die Wahlen gewinnen heisst vor allem unseren Werten treu bleiben, für eine gerechtere Verteilung der Produktivitätsgewinne eintreten, für ein modernes und solides soziales Netz, für eine Wirtschaft im Dienste des Menschen und nicht nur der Rendite grosser Unternehmen. Es heisst eindeutig, klar, direkt zeigen, wofür wir kämpfen: für eine soziale Schweiz. Eine soziale Schweiz beruhend auf drei Säulen: soziale Gerechtigkeit, eine Klimapolitik im Dienst der Menschen, die Öffnung zur Welt und zu Europa.

Soziale Gerechtigkeit ansprechen bedeutet vor allem ein Wirtschaftssystem ablehnen, bei dem nur die Geldgeber, Aktionäre und Manager grosser Firmen von der Produktivität profitieren sollen. Es bedeutet aufzuzeigen, dass es keinen plausiblen Grund gibt, den Bankern dieses Landes Millionen zuzuschancen, die den Ruf unseres Wirtschaftsstandorts ruinieren und bei einem Spiel, dessen Regeln niemand mehr durchschaut, Milliarden riskieren. Die SP muss sich einsetzen gegen übertriebene Saläre kapitalistischer Abzocker.

Kaufkraft erhöhen, soziale Sicherheit stärken

Soziale Gerechtigkeit ansprechen bedeutet auch, sich der Kaufkraft widmen. Sich mit Löhnen und Preisen beschäftigen. Es ist inakzeptabel, dass die Löhne stagnieren, währenddem die Gewinne der Unternehmen steigen. Inakzeptabel, dass einer von zehn Lohnempfängern weniger als 3500 Franken im Monat verdient. Inakzeptabel, wie Arbeit auf Abruf und Teilzeitarbeit ohne jede Regulierung zunehmen. Und eins muss die Rechte wissen: Wenn die Arbeitgeber Verhandlungen ablehnen, wenn für sie (wie für Werner Messmer beim Bau) das Wort nichts mehr zählt, dann werden wir alles tun um die Arbeitsgesetzgebung zu verschärfen. Für uns ist klar: Sozialpartnerschaft oder Gesetz. Etwas anderes gibt es nicht. Kein Dschungel, keine Lügen. Weil es um die Würde der Frauen und Männer geht, die den Wohlstand dieses Landes begründen, und weil wir immer an ihrer Seite sein werden, im Kampf gegen das Geld und die Arroganz.

Bei den Preisen sind Eingriffe in drei Bereichen nötig: Mieten, Landwirtschaft und Gesundheit, wo ein gegenüber seinen Versicherungsfreunden stets grosszügiger Pascal Couchepin am Zug ist und ihnen im Juni das Kommando über das ganze System und den Schlüssel zur Kasse übergeben will. Genossinnen und Genossen, wir müssen alles tun um zu verhindern, dass Herr Couchepin und seine Freunde im Juni unser Gesundheitswesen privatisieren, die Kantone bei ihren Bemühungen sabotieren. Wir müssen auch gegen die Pharmamultis kämpfen, die jedes Jahr Milliarden auf dem Buckel der Schweizer Familien einsacken, durch ein Verbot der Parallelimporte und indem sie sich gegen die Harmonisierung der Medikamentenpreise auf europäischer Ebene stellen.

Soziale Gerechtigkeit ansprechen heisst auch, sich um unsere Sozialversicherungen zu kümmern. Sie den Anforderungen der Zeit anpassen. Unser Sozialversicherungssystem geht von der mittlerweile überholten Situation aus, dass Arbeitnehmende ein Leben lang Vollzeit im gleichen Unternehmen arbeiten. Die Realität sieht heute ganz anders aus. Teilzeit (freiwillig oder gezwungenermassen), befristete Anstellungen, Arbeit auf Abruf, Bildungsurlaub: die lineare Berufskarriere gehört der Vergangenheit an. Aber unsere Experten in der Regierung sind sich ihrer Sache so sicher, dass sie die neuen Anforderungen nicht sehen, die der Wandel der Zeit mit sich bringt. Wir wissen aber alle, wie eng Flexibilität des Arbeitsmarktes und Dichte des Sicherheitsnetzes miteinander verbunden sein müssen. Zu äusserster Flexibilität muss es eine Entsprechung bei der sozialen und persönlichen Sicherheit geben. Das hat Dänemark begriffen, das allen Arbeitnehmenden bei Arbeitslosigkeit vier Jahre lang praktisch den vollen Lohn garantiert und parallel dazu massive Umschulungsmassnahmen für längerfristig vom Arbeitsmarkt Ausgeschlossene unternimmt.

Die Schweiz könnte von diesem Ansatz viel lernen. Sie könnte – und müsste – Flexibilität und Sicherheit besser aufeinander abstimmen. Aber dazu müsste sie endlich die Realität erkennen und überholte Gewissheiten über Bord werfen. Es würde rasch deutlich, dass es undenkbar ist das Rentenalter anzuheben, wenn bei den 60-Jährigen einer von vier Arbeitnehmenden arbeitslos ist, bei den 64-Jährigen einer von zwei. Dann sähe diese offizielle und bürgerliche Schweiz, dass sie gar nicht um ein flexibles Rentenalter herum kommt. Aber sie tut das Gegenteil. SVP und Freisinnige wollen das Rentenalter der Frauen anheben – eine Dummheit angesichts der skandalösen Lohnungleichheiten – ohne jede Gegenleistung. Eine schlimmere Revision als 2004. Aber sie wird

Ausserordentlicher Parteitag 1. März 2008, Messe Basel

beim Volk chancenlos sein. Weil, Genossinnen und Genossen, wenn ich heute eine Verpflichtung eingehe, dann die: alle Vorlagen auf ihre sozialen Folgen hin zu prüfen und all jene zu unterstützen, die zu mehr Gleichheit und Solidarität führen, hingegen alle Angriffe auf die Grundsteine unseres Engagements, die Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität mit aller Härte zu bekämpfen.

Gleichheit!

Soziale Gerechtigkeit beinhaltet das Prinzip der Gleichheit, das weiterhin bei weitem nicht eingehalten wird. Gleichheit hauptsächlich zwischen Mann und Frau, Tag für Tag eine Forderung der SP. Zwanzig Jahre nach der Verankerung der Lohngleichheit in der Verfassung, zwölf Jahre nach Inkrafttreten des Gleichstellungsgesetzes werden die Frauen auf dem Arbeitsmarkt weiterhin stark diskriminiert und verdienen im Schnitt für die gleiche Arbeit 20 Prozent weniger als die Männer. Zu dieser Lohndiskriminierung kommt die unterschwelligere bei der Anstellung. Das ist nicht nur inakzeptabel, sondern wirtschaftlich unsinnig. Denn es bremst den Zugang der Frauen zum Arbeitsmarkt. Dabei wird unsere Wirtschaft aufgrund der demografischen Ausgangslage in Zukunft immer stärker darauf angewiesen sein, dass die Frauen arbeiten.

Dann die Chancengleichheit, besonders bei der Bildung. Wir befinden uns im Zeitalter der Wissensökonomie, und es sollte für unsere Gesellschaft Pflicht und Ehre sein allen Kindern, allen Jugendlichen die gleichen Erfolgchancen zu bieten. Aber davon ist die Schweiz weit entfernt: von allen OECD-Ländern ist sie das Land mit den grössten Hindernissen sozialer Art beim Zugang zum Studium. In der Schweiz gibt es immer noch massive Diskriminierung im Bildungsbereich: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind manuell arbeitender Eltern einen Universitätsabschluss macht ist fünf Mal tiefer als bei einem Kind studierter Eltern. Auch diese Situation ist inakzeptabel, sie zu ändern ein täglicher Kampf. Durch klare Verbesserungen bei der Höhe und Zuteilung der Stipendien, aber auch durch Bekämpfung des antisozialen Trends Kurs- und Studiengebühren auf allen Ebenen massiv zu erhöhen. Zur Chancengleichheit bei der Bildung gehört schliesslich auch genügend Lehrstellen für diejenigen bereitzustellen, die diesen Weg wählen.

Kampf gegen Ungleichheit ist ein Grundmotiv der Linken seit ihrer Gründung. Heute drohen wieder Ungleichheiten in der Schweiz, die wir ein- für allemal ausgerottet glaubten. Ungleichheit wegen der Rasse, der Religion oder der Herkunft einer Person. Einige schüren Fremden- und Einwandererhass, um unter Missachtung der Rechtsgrundsätze ungleiche Behandlungen einzuführen und richtige Hexenjagden anzetteln wie in finstersten Zeiten. Genossinnen und Genossen, diesen reaktionären Kräften halten wir unsere humanistische Vision der Gesellschaft entgegen, unser Bild von der Schweiz, wie sie ist: multikulturell, integrativ, respektvoll gegenüber den Minderheiten, die aber auch das Recht durchsetzt, das für jeden und jede gleich gilt.

Solidarität und soziale Gerechtigkeit umformen

Soziale Gerechtigkeit also, über das Engagement für eine gerechtere Verteilung des Reichtums, bessere Kaufkraft und ein soziales Netz, das den Bedürfnissen unserer Zeit entspricht. Die Arbeits- und Lebensweise, das wirtschaftliche Zusammenspiel weltweit und die sozialen Strukturen ändern sich. Das nehmen Einige zum Anlass um den Sozialstaat einzureissen, den unsere Vorfahren so

sorgsam aufgebaut haben. Deshalb ist es unsere Pflicht, Solidarität und soziale Gerechtigkeit – auf denen unsere Gesellschaft gründet und denen die Politik Form verleiht – den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Weiter werden wir für eine ökologische Schweiz kämpfen. Weil es keine soziale Schweiz gibt, die die Klimafrage vernachlässigt. Eine ökologische Schweiz ist eine Schweiz mit einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Verkehrspolitik, ein Pfeiler im Kampf gegen die Klimaerwärmung. Eine Schweiz, die ihre Bemühungen zur Verlagerung der Warentransporte von der Strasse auf die Schiene intensiviert. Eine Schweiz, die unverzüglich – und ohne einzelne Bereiche zu bevorzugen – ihre Bahnvorhaben umsetzt. Eine Schweiz, die die sanfte Mobilität fördert, vor allem in den Agglomerationen. Eine Schweiz also, die sich nicht vor einer ambitionierten Infrastrukturpolitik fürchtet. Weil sie weiss, dass die Qualität der Infrastrukturen der öffentlichen Hand die beste Garantin ist für eine harmonische, nachhaltige und umweltbewusste Entwicklung unseres Landes.

Für eine Schweiz der erneuerbaren Energien

Eine ökologische Schweiz ist auch eine Schweiz mit einem ökologischen Energiekonzept. Den Industrie-Lobbies zum Trotz muss die Schweiz endlich der Wahrheit ins Auge sehen, die unsere Nachbarn zum Teil schon erkannt haben: Atomenergie hat keine Zukunft, weder in der Schweiz noch anderswo. Neue Atomkraftwerke zu bauen wäre reine Bequemlichkeit, eine Notlösung, das unverantwortliche, egoistische Eingehen eines grossen Risikos für die kommenden Generationen, für unsere Kinder. Nein, Atomenergie hat keine Zukunft. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien, der Verbesserung der Energieleistung der Gebäude, der Industrie und der Maschinen, einem Umdenken beim Energiekonsum. Fortschrittliches Denken ohne das Wohl der Allgemeinheit zu gefährden.

Die Schweiz muss führend sein bei diesen neuen Energien, neuen Techniken, dem Umdenken. Weil unser privilegiertes Land, so klein es auch ist, gegenüber der internationalen Gemeinschaft moralisch verpflichtet ist bei der Umwelt ein Vorbild zu sein. Aber auch, weil der Bereich der Umweltinnovation einen immer wichtigeren Faktor unserer Entwicklung darstellt und immer ausgeprägter zum allgemeinen und nachhaltigen Wohl beitragen wird. Zu diesen Zielen gehören auch dezidierte, aber sozialverträgliche Lenkungsmaßnahmen.

Soziale Gerechtigkeit und Umwelt sind zwei Aktionsfelder der SP, bisher und in Zukunft. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist auch die Geschichte eines grenzüberschreitenden Ideals, wie sich auch an Robert Grimm zeigt, der wohl vor allem wegen seinem internationalen Engagement namentlich im Vorstand der Internationalen weltweit bekannt ist. Damit kommen wir zur dritten Säule unserer Identität, der Öffnung.

Öffnung möchten einige auf den freien Güter- und Dienstleistungsverkehr beschränken. Aber wir Sozialdemokraten haben sie immer vor allem auf die Menschen bezogen. Das ist der Sinn des freien Personenverkehrs, den die Schweiz mit unseren europäischen Nachbarn vereinbart hat, und den es auf Rumänien und Bulgarien zu erweitern gilt. Aber dieser freie Personenverkehr versinnbildlicht die Öffnung nur, wenn er sozialen Fortschritt für alle bedeutet. Es besteht aber ein grosses Risiko, wie

wir bereits erfahren haben, dass hiesige und auswärtige Arbeitnehmer gegeneinander ausgespielt werden und den Preis für eine Lohn- und Sozialdumping bezahlen sollen, das die Arbeitgeber einzig zum Nutzen der Geldgeber vornehmen.

Der freie Personenverkehr wird nicht auf dem Buckel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stattfinden. Wir werden kompromisslos für schärfere Kontrollmassnahmen kämpfen. Und weil die Erweiterung der Personenfreizügigkeit ohne Unterstützung der Arbeitnehmenden, ohne unsere Unterstützung nicht möglich ist, werden wir das erreichen.

Mein Engagement euch gegenüber, unser Engagement der Bevölkerung gegenüber

Genossinnen und Genossen, wie wir sehen geht es in den kommenden Monaten und Jahren um grundsätzliche Fragen, bei denen die SP sich durchsetzen und dem sozialen Fortschritt, dem Umweltbewusstsein, der Öffnung zum Durchbruch verhelfen muss. Es ist wichtig, es geht dabei um die Zukunft unseres Ideals von Gerechtigkeit und Solidarität in unserem Land. Das ist mein Engagement euch gegenüber, es ist unser gemeinsames Engagement, die Verpflichtung von jeder und jedem Einzelnen von uns der Bevölkerung gegenüber.

Wenn in früheren Zeiten Robert Grimm vom Landesstreik von 1918 sprach, dessen geistiger Vater er war, sagte er, die Arbeiterbewegung habe damit zum Aufbau einer sozialeren Schweiz beigetragen. Was würde er zur SP von heute sagen? Robert Grimm würde ihr wohl zwei Ratschläge geben. Er würde von einem dieser Tische aufstehen und sagen: «Um zu gewinnen, muss sich die SP wieder auf eine soziale Massenbewegung stützen. Sie ist der Humus für ihre Ideen und die Stimme, die ihnen Gestalt verleiht». Und zweitens: «Führt die kompromisslose Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft weiter, in der wir leben und die noch immer nicht sozial, solidarisch, gerecht genug ist».

Also, Genossinnen und Genossen, verhelfen wir alle zusammen der SP wieder zum Sieg. Für unsere Ideen, für den Fortschritt unseres Landes, hin zu einer sozialeren, solidarischen Gesellschaft für alle.